

Antrag

der Abgeordneten Michael Kretschmer, Ernst Hinsken, Dr. Peter Ramsauer, Andreas Scheuer, Dr. Michael Meister, Heinz Seiffert, Michael Stübgen, Günter Baumann, Veronika Bellmann, Otto Bernhardt, Renate Blank, Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Klaus Brähmig, Georg Brunnhuber, Leo Dautzenberg, Hubert Deittert, Thomas Dörflinger, Georg Fahrenschon, Enak Ferlemann, Dirk Fischer (Hamburg), Klaus-Peter Flosbach, Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof), Georg Girisch, Peter Götz, Bernd Heynemann, Klaus Hofbauer, Volker Kauder, Gerlinde Kaupa, Jürgen Klimke, Norbert Königshofen, Manfred Kolbe, Hartmut Koschyk, Werner Kuhn (Zingst), Barbara Lanzinger, Eduard Lintner, Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach), Maria Michalk, Hans Michelbach, Klaus Minkel, Marlene Mortler, Stefan Müller (Erlangen), Henry Nitzsche, Günter Nooke, Eduard Oswald, Albert Rupprecht (Weiden), Peter Rzepka, Anita Schäfer (Saalstadt), Norbert Schindler, Wilhelm Josef Sebastian, Marion Seib, Christian Freiherr von Stetten, Gero Storjohann, Lena Strothmann, Edeltraut Töpfer, Volkmar Uwe Vogel, Gerhard Wächter, Elke Wülfing und der Fraktion der CDU/CSU

Mineralölsteuerentwicklung und Tanktourismus

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Mineralölsteuerbelastung in Deutschland ist derzeit im europäischen Vergleich viel zu hoch. Hauptursache ist die in Deutschland isoliert eingeführte, in der EU unabgestimmte Ökosteuer, die von 1999 bis 2003 in Deutschland in fünf Stufen wirksam wurde und durch welche die Mineralölsteuer auf Benzin und Diesel in Deutschland um gut 15 Cent pro Liter angehoben worden ist. Berücksichtigt man noch die Mehrwertsteuer hierauf, haben sich die Kraftstoffpreise durch die Ökosteuer um rund 18 Cent pro Liter erhöht.

In den deutschen Grenzregionen zu Belgien, Frankreich, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Polen und Tschechien gibt es seit Einführung der Ökosteuer einen wachsenden Tanktourismus der deutschen Unternehmen und Privatpersonen in die benachbarten Auslandsregionen. Grund sind die oft deutlich niedrigeren Kraftstoffpreise im Ausland, die auf die geringere Besteuerung zurückzuführen sind. Immer mehr Bürger realisieren – auch aufgrund der schlechten gesamtwirtschaftlichen Lage –, dass Tanken im Ausland für sie zu erheblichen Ersparnissen führt.

In den Grenzregionen zu Polen und Tschechien hat dieses Problem nach der EU-Erweiterung besonders stark zugenommen. Durch die verringerte Wartezeit aufgrund der weggefallenen Zollkontrollen an der Grenze und die Heraufsetzung der einzuführenden Kraftstoffmenge lohnt sich die Tankfahrt auch für Be-

wohner weiter von der Grenze entfernt liegender Regionen. Eine unmittelbare Folge ist ein stark angestiegenes Verkehrsaufkommen in den Grenzregionen. Die Belastung für Bürger und lokale Wirtschaft ist enorm.

Die wirtschaftlichen Folgen für die betroffenen Regionen sind verheerend. Die Tankstellen auf der deutschen Seite erleiden einen rapiden Umsatzeinbruch. Zahlreiche mittelständische Existenzen und noch mehr Arbeitsplätze sind bedroht, viele Tankstellenbetreiber mussten bereits aufgeben. Die Mineralölwirtschaft geht von bundesweit bedrohten 1 000 Tankstellen mit 5 000 Arbeitsplätzen aus. Die Kaufkraft in den Regionen wird nachhaltig geschwächt, da an Tankstellen oft nicht nur Kraftstoff, sondern auch Lebensmittel und Waren des täglichen Bedarfs gekauft werden. Die strukturschwachen Grenzregionen, die von den Auswirkungen der EU-Erweiterung am unmittelbarsten beeinflusst werden, trifft dies besonders hart. Doch auch ganz Deutschland ist davon berührt, gehen dem Bundesfinanzminister doch beachtliche Steuereinnahmen verloren. Eine Studie der Universität Leipzig rechnet mit Steuerausfällen bei der Mineralölsteuer von bis zu einer Mrd. Euro.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat deshalb eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung gerichtet, wie sie den Tanktourismus und dessen Auswirkungen bewertet (Bundestagsdrucksache 15/3748). Deren Beantwortung ist unbefriedigend. In ihrer Antwort muss die Bundesregierung eingestehen, dass sie über den Tanktourismus und seine Auswirkungen viel zu wenig informiert ist. Sie hat keine Informationen über die Anzahl der Tankstellen in den Grenzregionen, wie viele bereits schließen mussten und wie viel Arbeitsplätze dabei verloren gingen und welche Steuereinnahmen dadurch verloren gehen.

Italien hat bereits 2001 bei der Europäischen Union mit Erfolg eine Ausnahmegenehmigung für die norditalienischen Grenzregionen zur Schweiz und nach Slowenien beantragt. Bei diesem so genannten „Chipkartenmodell“ wurden für die Bewohner der grenznahen Gebiete Chipkarten eingeführt, die diese berechtigen, Kraftstoff zu einem günstigeren Steuersatz und damit zu einem an das benachbarte Ausland angeglichenen Preis zu tanken. Die Höhe der steuerlichen Ermäßigung richtet sich dabei nach der Entfernung zur Grenze. Frankreich bemüht sich in Brüssel seit längerem um eine regionale Staffelung und seit neuestem auch um eine Reduzierung der Mineralölsteuer, um die bedrängte Wirtschaft und die privaten Verbraucher zu entlasten.

Für osteuropäische Länder wurden im Rahmen der EU-Beitrittsverhandlungen zeitlich befristete Ausnahmen gebilligt.

Die Bundesregierung bleibt untätig, obwohl die erheblich gestiegenen Ölpreise die ohnehin schon hohen Kraftstoffpreise noch weiter verteuert haben und der Druck auf die Verbraucher, im Ausland billiger zu tanken, weiter zunimmt. Die Regierung versteckt sich hinter ihrer alten Forderung, die Mineralölsteuersätze in der EU auf einem höheren Niveau zu harmonisieren; sie hält diese Forderung aber mittelfristig für nicht realisierbar und unternimmt nichts. Hierunter leidet auch das deutsche Güterkraftverkehrsgewerbe, das schon seit langem auf die von der Bundesregierung diesbezüglich gemachten Harmonisierungszusagen vertraut. Insbesondere ist die von Frankreich und Italien praktizierte Steuererstattung zugunsten ihres Transportgewerbes nicht zu rechtfertigen.

Der Tanktourismus ist keine unbeeinflussbare Verwerfung der europäischen Integration, er ist hausgemacht. Die Zahlen der Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage belegen dies. Die Einführung der Ökosteuer hat die Kraftstoffpreise in Deutschland deutlich überproportional zu denen in der übrigen EU ansteigen lassen. Lagen im Jahr 2000 die deutschen Benzin- und Dieselpreise um 3 Cent über dem EU-Durchschnittswert, hat sich dieser Abstand auf heute 12 Cent vervierfacht. Der Vergleich der deutschen Mineralölsteuersätze mit denen aller Nachbarländer zeigt, dass er für Diesel (außer in der

Schweiz) in Deutschland am höchsten ist; die Mineralölsteuer auf Benzin ist mit Ausnahme der Niederlande überall deutlich niedriger.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. Maßnahmen gegen die im europäischen Vergleich viel zu hohe Energiebesteuerung in Deutschland zu ergreifen,
2. den enormen Steuerabfluss durch den von ihr verursachten Tanktourismus in die Nachbarstaaten durch entschiedenes und rasches Handeln auf EU-Ebene einzudämmen,
3. die Harmonisierung der Mineralölsteuer in Europa voranzutreiben.

Berlin, den 30. November 2004

Michael Kretschmer

Ernst Hinsken

Dr. Peter Ramsauer

Andreas Scheuer

Dr. Michael Meister

Heinz Seiffert

Michael Stübgen

Günter Baumann

Veronika Bellmann

Otto Bernhardt

Renate Blank

Wolfgang Börnsen (Bönstrup)

Klaus Brähmig

Georg Brunnhuber

Leo Dautzenberg

Hubert Deittert

Thomas Dörflinger

Georg Fahrenschon

Enak Ferlemann

Dirk Fischer (Hamburg)

Klaus-Peter Flosbach

Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof)

Georg Girisch

Peter Götz

Bernd Heynemann

Klaus Hofbauer

Volker Kauder

Gerlinde Kaupa

Jürgen Klimke

Norbert Königshofen

Manfred Kolbe

Hartmut Koschyk

Werner Kuhn (Zingst)

Barbara Lanzinger

Eduard Lintner

Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach)

Maria Michalk

Hans Michelbach

Klaus Minkel

Marlene Mortler

Stefan Müller (Erlangen)

Henry Nitzsche

Günter Nooke

Eduard Oswald

Albert Rupprecht (Weiden)

Peter Rzepka

Anita Schäfer (Saalstadt)

Norbert Schindler

Wilhelm Josef Sebastian

Marion Seib

Christian Freiherr von Stetten

Gero Storjohann

Lena Strothmann

Edeltraut Töpfer

Volkmar Uwe Vogel

Gerhard Wächter

Elke Wülfing

Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion

